



5.17

www.unireport.info



Präsident Emmanuel Macron an der Goethe-Uni

Mehr auf <http://aktuelles.uni-frankfurt.de>

Foto: Uwe Dettmar

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, dass der Begriff des Forschenden Lernens an der Goethe-Universität wirklich gelebt wird, zeigen einige Beispiele in dieser Ausgabe des UniReports: So haben angehende Physiker und Geowissenschaftler ein Experiment zur Planetenentstehung entwickelt, das der Astronaut Alexander Gerst nächstes Jahr mit auf die Raumstation ISS nehmen wird. Studierende eines Geschichtsseminars wiederum haben untersucht, wie nahe Altertumswissenschaftler dem Nationalsozialismus standen, und ihre Ergebnisse auf einer Konferenz an der Humboldt-Uni vorgestellt. Und eine interdisziplinäre Studierendengruppe widmete sich in Theorie und Praxis dem Thema Ruinen und plant bereits die Fortsetzung.

Die Unistart-Woche hat mit einem wirklichen Highlight begonnen: Wer den Besuch des französischen Präsidenten Emmanuel Macron an der Goethe-Universität verpasst hat, findet einen Nachbericht in unserem Online-Magazin.

Viel Spaß bei der Lektüre!
Dirk Frank



Wege aus der Krise Innovationen für die Demokratie von morgen

Prof. Brigitte Geißel und ihr Team von der Forschungsstelle Demokratische Innovationen an der Goethe-Universität beschäftigen sich mit der Krise der repräsentativen Demokratie, wie sie im Augenblick unter dem Eindruck der letzten Bundestagswahl verstärkt auch in der Öffentlichkeit diskutiert wird. „Wahlen und Parteienwettbewerb sind lediglich die Form, die wir heute am besten kennen; dieses institutionelle Set ist aber nicht der innerste Kern von Demokratie“, so das Team der Forschungsstelle in seinem folgenden Beitrag.

»Whatever form it takes, the democracy of our successors will not and cannot be the democracy of our predecessors. Nor should it be.« (Robert Dahl)

Symptome einer Krise

Nicht erst die letzte Bundestagswahl hat bei vielen Menschen den Eindruck geweckt, dass die Demokratie in einer Krise steckt. Ein Viertel der Wählerinnen und Wähler scheint sich dauerhaft von der Wahlurne verabschiedet zu haben. Die Parteibindungen der Menschen erodieren – 10 Tage vor der Bundestagswahl waren noch 43 % der Wahlberechtigten unentschieden (Infratest Dimap). Immer weniger Menschen engagieren sich in Parteien und das Vertrauen von Wählerinnen und Wählern in Parteien, Politiker und Parlamente nimmt ab. So ergab eine Umfrage von ipos im Januar 2017, dass 80 % der Befragten kein oder wenig Vertrauen in Parteien haben. Nicht zuletzt das gute Abschneiden einer ‚Anti-Establishment-Partei‘ wie der AfD schockiert. Experten liefern unterschiedliche Erklärungen für diese Krisen-Phänomene, z. B. Entkopplung der etablierten Parteien von gesellschaftlich relevanten Themen, Zunahme von Bevölkerungsgruppen, die sich von den etablierten Parteien abgehängt fühlen, oder ein immer größer werdender Anteil an ‚Verlierern der Globalisierung‘.

Diese Symptome sind keine typisch deutschen Phänomene. So lassen sich sinkendes Vertrauen in politische Eliten oder der Aufstieg von ‚Anti-Establishment-Parteien‘ in vielen Demokratien beobachten: En Marche (Frankreich), Podemos (Spanien), 5-Sterne (Italien), die Wahren Finnen (Finnland), die Aktion unzufriedener Bürger (Tschechien) oder Syriza (Griechenland) sind einschlägige Beispiele.

Pflaster reichen nicht aus

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken und der Krise der repräsentativen Demokratie zu begegnen, werden diverse Reformen diskutiert. Häufig findet man in den Debatten die folgenden vier Lösungsvorschläge:

(1) Direktdemokratische Optionen ausweiten: Die Forderung nach nationalen Referenden ist derzeit weit verbreitet. Sie soll den Bürgern mehr Mitbestimmung in der Entscheidung über politische Fragen zugestehen.

(2) Wahlpflicht einführen: Vielfach ist ebenso der Ruf nach der Einführung einer Wahlpflicht zu hören, um der niedrigen Wahlbeteiligung entgegenzuwirken.

(3) Rolle von Experten stärken: Vorgeschlagen wird auch eine Form von Expertokratie, d. h. es sollen mehr Entscheidungsbefugnisse von repräsentativen Institutionen an Expertengremien delegieren werden.

(4) Dialogorientierte (deliberative) Beteiligungsmöglichkeiten schaffen: Eine stärkere Einbeziehung von deliberativen Verfahren in politische Willensbildungsprozesse wird gefordert.

Was diese Vorschläge gemeinsam haben, ist die Beibehaltung der Institutionen und Prozesse des repräsentativen Demokratieprinzips. Zur Lösung der Probleme werden keine neuen Wege aufgezeigt, es wird vielmehr vorgeschlagen, der Krise des repräsentativen Demokratieprinzips entgegenzuwirken.

Fortsetzung auf Seite 2



Traumjob Apotheker/-in? 3

Der Studiengang Pharmazie ist arbeitsintensiv, bietet aber hervorragende Jobperspektiven.



Wie zufrieden mit Studium und Studienbedingungen? 5

Zweite universitätsweite Studierendenbefragung beginnt Mitte November.



Wenn staatliche Wohnungsbaupolitik nicht funktioniert ... 6

Der Geograph Sebastian Schipper hat sich mit dem mangelnden Wohnraum in Großstädten beschäftigt.



Auf den Spuren von Ruinen 25

Studentischer Workshop erkundete in Theorie und Praxis die Themen Zerstörung und Verfall.

Fortsetzung von Seite 1, »Wege aus der Krise«



Auslaufen eines alten Demokratiemodells? Wahlkabine in München (2008).

Foto: Alexander Hauk / www.alexander-hauk.de, Wikimedia

tativen Systems mit Pflastern zu begegnen. Die genannten Vorschläge sind unzureichende Problemlösungen, weil sie entweder nur die Reparatur bestehender Prozesse (Wahlpflicht) vorsehen oder neue Prozesse (Einführung von Volksabstimmungen oder deliberativen Verfahren, Verlagerung von politischen Entscheidungen auf Experten) unsystematisch den bestehenden Prozessen hinzufügen.

Wir sind überzeugt, dass diese ‚Pflaster-Lösungen‘ nicht ausreichen. Vielmehr sehen wir die aktu-

ellen Probleme als Symptome einer langfristigen Entwicklung: das Auslaufen eines alten Demokratiemodells, genauer, der klassischen repräsentativen Parteiendemokratie. Dabei handelt es sich nicht um das ‚Ende der Demokratie‘, sondern um das Ende des bestehenden Institutionengefüges. Die aktuelle Krise des repräsentativ-demokratischen Modells ist ein notwendiger Anstoß für die Suche nach neuen Demokratieformen, die besser geeignet sind, auf die demokratischen Herausforderungen zu reagieren. Ein solcher Wandel wäre keine Besonderheit: Demokratie hat sich in der Vergangenheit kontinuierlich an neue Herausforderungen angepasst.

Demokratie von morgen

Um herauszufinden, welche Demokratiemodelle die Anforderungen gegenwärtiger Gesellschaften erfüllen, verfolgt die Forschungsstelle Demokratische Innovationen einen systemischen Ansatz – anstatt Krisensymptome vereinzelt anzugehen. Am Anfang unserer Arbeit steht die Frage „Was ist der innerste Kern von Demokratie?“. Dabei wird klar, dass eine Herrschaft des Volkes auf unterschiedliche Weise möglich ist. Wahlen und Parteienwettbewerb sind lediglich die Form, die wir heute am besten kennen; dieses institutionelle Set ist nicht der innerste Kern von Demokratie. Wahlen und Parteienwettbewerb sind Bedingungen für die Existenz von modernen Demokratien – ohne diese Komponenten ist Demokratie in heutigen Gesellschaften kaum umzusetzen. Aber eine auf Parteien und Parteienwettbewerb beschränkte Demokratieform, wie sie für viele Jahrzehnte funktioniert hat, ist nicht mehr zeitgemäß. Parteien werden in der Bevölkerung nicht mehr als ‚Sprachrohr‘ wahrgenommen, sichtbar anhand der nachlassenden Parteibindungen. Für die heutigen Gesellschaf-

ten ist ein neues Institutionengefüge nötig, um Demokratie als Herrschaft des Volkes zu etablieren. Wir gehen davon aus, dass die demokratischen Herausforderungen von morgen nicht mit den Verfahren gelöst werden können, die im letzten und vorletzten Jahrhundert – vor dem Hintergrund damaliger Gesellschaften – entwickelt wurden.

Bei der Suche nach dem passenden Demokratiemodell nehmen wir eine neue Perspektive ein: Anstatt

Daher ist ein großer Teil unserer Forschung auf das Verstehen von repräsentativen, direktdemokratischen und deliberativen Willensbildungsprozessen – und deren Zusammenspiel – konzentriert. In einem DFG-finanzierten Projekt untersuchten wir beispielsweise, unter welchen Bedingungen deliberative Bürgerbeteiligungsverfahren effektiv sind. Aktuell gehen wir in einem von der DFG geförderten Projekt der Frage nach, inwieweit direkte Demokratie Gleichheit in der Gesellschaft beeinflusst. In einem internationalen Projekt (DFG u. a.) erforschen wir die Repräsentationsansprüche unterschiedlicher Akteure in Parlamenten und Bürgerbeteiligungsverfahren. In einem anderen Arbeitsbereich der Forschungsstelle widmen wir uns der theoretischen Entwicklung und praktischen Untersuchung neuer Abstimmungsformate. Im Sommer 2017 haben wir in Zusammenarbeit mit der Stadt Filderstadt ein an der Forschungsstelle entwickeltes direktdemokratisches Verfahren einem Praxistest unterzogen. Das innovative Format verknüpft repräsentative Akteure (Parteien) systematisch mit direktdemokratischen, also themenbezogenen Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung. In dem einzigartigen Experiment haben knapp 1.000 Bürgerinnen und Bürger in Wahllokalen über Politikvorschläge abgestimmt, die von den Parteien unterbreitet wurden. Als Resultat steht am Ende des Prozesses eine

Stimmzettel

	Partei 1		Partei 2		Partei 3
<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
<input checked="" type="checkbox"/>	Spitzensteuersatz für Einkommen auf 60% erhöhen	<input type="checkbox"/>	10€ Mindestlohn	<input type="checkbox"/>	Mehrwertsteuer auf 16% senken
<input type="checkbox"/>	Abschaffung von Subventionen für erneuerbare Energien	<input checked="" type="checkbox"/>	Bedingungsloses Grundeinkommen von 1200€	<input checked="" type="checkbox"/>	Stärkerer Ausbau der digitalen Infrastruktur
<input type="checkbox"/>	12€ Mindestlohn	<input type="checkbox"/>	Gleichgeschlechtliche Ehe einführen	<input type="checkbox"/>	Bedingungsloses Grundeinkommen von 800€
<input type="checkbox"/>	Legalisierung von Marihuana	<input type="checkbox"/>	Direktdemokratische Verfahren auf Bundesebene einführen	<input type="checkbox"/>	Legalisierung von Marihuana

das repräsentativ-demokratische System als unveränderlich gesetzt anzusehen und unzureichende Reformen an ihm vorzunehmen, stellen wir uns die Frage, wie Anforderungen moderner Demokratien durch einen Mix aus repräsentativen, direktdemokratischen oder deliberativen Verfahren erfüllt werden können: In welchen Kontexten sind welche Verfahrensarten am besten geeignet, um Menschen am Prozess zu beteiligen sowie Politikergebnisse im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu erzeugen?

Um bei der Konzeption eines neuen Demokratiemodells die Puzzlestücke sinnvoll und empirisch fundiert zusammenzufügen, ist es notwendig, die Funktionsweise und die Wirkung der verschiedenen Verfahren zu kennen.

Art Aufgabenkatalog für die Repräsentanten, der durch die Bevölkerung bestimmt wurde.

Die Forschungsstelle zielt darauf ab, ein Demokratiemodell von morgen zu entwickeln. Im Zentrum steht die systematische Verknüpfung von partizipativen, deliberativen und repräsentativen Verfahren – anstatt diese isoliert nebeneinander zu betrachten. Indem wir empirisch die Effekte und Interaktionen unterschiedlicher Verfahren im Hinblick auf die aktuellen sowie zukünftigen Anforderungen von Demokratien untersuchen, konzeptualisieren wir ein Demokratiemodell von morgen.

Brigitte Geißel, Petra Guasti, Anna Krämpling, Jonathan Rinne
für die Forschungsstelle
‚Demokratische Innovationen‘

Prof. Dr. Brigitte Geißel, Professorin für Politikwissenschaft und Politische Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt, ist Leiterin der Forschungsstelle Demokratische Innovationen.

Von ihr ist zum Thema erschienen: **Geißel, Brigitte/ Newton, Kenneth: Evaluating Democratic Innovations. Curing the Democratic Malaise? London, New York: Routledge 2012**

Dr. Petra Guasti, Anna Krämpling und Jonathan Rinne sind MitarbeiterInnen an der Forschungsstelle Demokratische Innovationen.



Überblick

Aktuell	2
Forschung	6
International	11
Kultur	12
Campus	13
Bücher	20
Bibliothek	21
Freunde	22
Studium	23
Impressum	23
Menschen	26
Termine	27